

LARS LÜDICKE (HG.)

DEUTSCHE DEMOKRATIE GESCHICHTE II

EINE AUFGABE DER VERMITTLUNGSARBEIT



be.bra
wissenschaft verlag

Deutsche Demokratieggeschichte II

DEUTSCHE DEMOKRATIEGESCHICHTE II

EINE AUFGABE DER VERMITTLUNGSARBEIT

Herausgegeben von Lars Lüdike
im Auftrag der Deutschen Gesellschaft e. V.

be.bra
wissenschaft verlag

Gefördert von:



Die Beauftragte der Bundesregierung
für Kultur und Medien

Herausgegeben von:



Deutsche
Gesellschaft e.V.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten.

Dieses Werk, einschließlich aller seiner Teile, ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere fürervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen, Verfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung auf DVDs, CD-ROMs, CDs, Videos, in weiteren elektronischen Systemen sowie für Internet-Plattformen.

© be.bra wissenschaft verlag GmbH
Berlin-Brandenburg, 2021
KulturBrauerei Haus 2
Schönhauser Allee 37, 10435 Berlin
post@bebraverlag.de
Umschlag: typgerecht berlin
Satz: Zerosoft
Schrift: Dutch 801 SWA 10/13pt
Druck und Bindung: Multiprint, Kostinbrod
ISBN 978-3-95410-282-2

www.bebra-wissenschaft.de

Inhalt

Vorwort	7
»Deutsche Demokratiegeschichte – eine Aufgabe der Vermittlungsarbeit« <i>Maria Bering</i>	11
Zu Konzeption, praktischen Ansätzen und neuen Herausforderungen demokratiegeschichtlicher Erinnerungsarbeit <i>Bernd Faulenbach</i>	15
Die deutsche Demokratiegeschichte und der Blick ins Ausland <i>Claudia C. Gatzka</i>	31
Außerschulische Lernorte, Narrationen und Theater – Perspektiven der klassischen Vermittlungsarbeit zur Demokratiegeschichte <i>Ingo Juchler</i>	45
Exemplarität als Kriterium für die Beschäftigung mit und die Vermittlung von Demokratiegeschichte <i>Michael Parak</i>	57
Mini-Manual zur Demokratie-Vermittlung im digitalen Zeitalter <i>Ruth Rosenberger</i>	77
Demokratie und ihre Geschichte im Museum <i>Brigitte Vogel-Janotta</i>	89
Das Projekt Exilmuseum Berlin <i>Christoph Stölzl</i>	99

Digitale Erinnerungs- und Vermittlungsarbeit: Projekte in der Arbeitsgemeinschaft Orte der Demokratieggeschichte <i>Annalena Baasch / Maike Hausen / Markus Lang / Lars Lüdicke</i>	115
Demokratie ohne Empathie? <i>Hatice Akyün</i>	129
Integration durch Geschichte? Demokratieggeschichte in der Einwanderungsgesellschaft <i>Martin Hanke</i>	137
Mitwirkende	145

»Demokratiegeschichte hat längst Konjunktur – nachdem sie über viele Jahre vernachlässigt wurde«: Mit dieser These begann der 2020 erschienene Band zur deutschen Demokratiegeschichte als Aufgabe der Erinnerungsarbeit. Innerhalb der eineinhalb Jahre, die seither vergangen sind, ist einiges passiert, das diese These stützt. So ist die Zahl der Mitglieder, die sich in der Arbeitsgemeinschaft »Orte der Demokratiegeschichte«¹ zusammengeschlossen haben, von 46 (2019) auf über 60 Organisationen (2021) gewachsen. Sie alle sind Träger der politischen Bildung und Vermittlung, die zweifellos ganz unterschiedliche Schwerpunkte in ihrer vielfältigen Stiftungs-, Gedenkstätten-, Museums- oder Vereinsarbeit setzen, um die Entwicklung der freiheitlich-demokratischen Tradition in Deutschland am authentischen Ort zu thematisieren. Aber sie eint auch das Ziel, die Wahrnehmung der deutschen Demokratie- und Freiheitsgeschichte lokal, regional und deutschlandweit zu fördern und dadurch demokratische Teilhabe und Zivilcourage anzuregen. Ihr Engagement erfährt durch die kürzlich angebahnte Errichtung der neuen Bundesstiftung »Orte der deutschen Demokratiegeschichte« eine weitere Stärkung.

Geplant ist, die neue Stiftung in Frankfurt am Main, im Umfeld der Paulskirche, anzusiedeln, in der sich 1848 die Mitglieder des ersten gesamtdeutschen Parlaments versammelten und über eine freiheitliche Verfassung mit Grundrechten sowie über die Bildung eines deutschen Nationalstaats debattierten. Es gilt, wie Monika Grütters, Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, als programmatisches Motiv der Stiftungsgründung beschrieb: »Mehr Demokratiegeschichte wagen«².

Mit dem am 9. Juni 2021 vom Deutschen Bundestag beschlossenen Gesetz zur Errichtung einer »Stiftung Orte der deutschen Demokratiegeschichte«³, das durch ein Rahmenkonzept zur neuen Linie der Erinnerungskultur zur deutschen Demokratiegeschichte⁴ flankiert wird, setzte die Bundesregierung einen im Koalitionsvertrag vom 12. März

2018⁵ vereinbarten Auftrag um. Innerhalb einer Legislaturperiode wurde somit eine Förderkonzeption erarbeitet und institutionell verankert, die »anhand historischer Leitlinien und unter Bezug auf konkrete Orte das lange Ringen um Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte gezielt und systematisch zum Gegenstand erinnerungskultureller Anstrengungen«⁶ machen soll.

All diese Entwicklungen, in denen sich der gewachsene Aktivitätsgrad zeigt, stützen zugleich den zweiten Thesenteil, dass die Demokratiegeschichte in der Vergangenheit eher vernachlässigt wurde – zumal die gegenwärtige Konjunktur der Demokratiegeschichte ihre vormalige Vernachlässigung ins Verhältnis setzt. So war und blieb, Ergebnis der ungeheuerlichen Verbrechen des Nationalsozialismus, die Erinnerungsarbeit in der Bundesrepublik lange Zeit auf die NS-Diktatur konzentriert, die gewissermaßen den negativen Bezugspunkt des deutschen Geschichtsbewusstseins markiert. Seit einiger Zeit gewinnt jedoch die Erinnerung an die positiven Traditionslinien der deutschen Geschichte an Bedeutung, die allerdings weder in Konkurrenz zur Pflege des »negativen Gedächtnisses«⁷ treten noch die Bedeutung der nationalsozialistischen Vergangenheit relativieren will. Vielmehr ergänzen sich beide Erinnerungskomplexe in spezifischer Art und Weise, da sich demokratische Lehren für Gegenwart und Zukunft nicht nur aus der Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur, sondern auch aus der Beschäftigung mit der Demokratiegeschichte ziehen lassen.

Auf das Orientierungspotential dieser Perspektiverweiterung, die Vergangenheitskritik und Traditionsvergewisserung als komplementäre Komplexe einer auf Stärkung des demokratischen Wertebewusstseins abzielenden Erinnerungsarbeit begreift, rekuriert auch die Errichtung der neuen Bundesstiftung. Wie die Kulturstatsministerin konzidierte, mahne zwar »die leidvolle Geschichte des zwanzigsten Jahrhunderts uns Deutsche zu erinnerungskultureller Bescheidenheit.« Und doch, so Monika Grütters: »Gerade weil unsere Demokratie auf den Trümmern der nationalsozialistischen Diktatur aufgebaut wurde, gerade weil wir aus dem Gedenken an den Holocaust und an die Opfer totalitärer Diktaturen Lehren für die Zukunft ziehen wollen, sollten wir Orte der deutschen Demokratiegeschichte stärker sichtbar machen. Denn national bedeutsame Ereignisse wie die Geburtsstunde der parlamentarischen Demokratie zu veranschaulichen und zu vergegenwärtigen, fördert die

kritische Auseinandersetzung mit den Grundlagen des Zusammenlebens in einer freiheitlichen Gesellschaft und stärkt die emotionale Verbundenheit und damit auch die Identifikation mit unserer Demokratie. In »zeitgemäßen Vermittlungsformaten« könne Demokratiegeschichte somit »dazu beitragen, dem schleichenden Gift der Demokratiemüdigkeit entgegenzuwirken und die gesellschaftliche Widerstandskraft gegen Demokratieverächter zu stärken.« Die »Orte der Demokratie und das lange Ringen um Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte müssen dafür stärker ins öffentliche Bewusstsein rücken. Diese Orte brauchen und verdienen mehr Respekt und mehr Raum in unserem historischen Selbstverständnis: als motivierende Erinnerung, dass Demokratie kein Geschenk ist, sondern eine Errungenschaft, kein ständiger Besitz, sondern stetes Bemühen.«⁸

In Sinne dieses funktionalen Ansatzes der Erinnerungsarbeit gewinnt die Frage an Bedeutung, wie es gelingen kann, die deutsche Demokratiegeschichte stärker ins öffentliche Bewusstsein zu rücken. Einen Beitrag dazu soll diese Publikation leisten, die den Stand vom Frühjahr 2021 widerspiegelt. Sie basiert auf dem im Oktober 2020 durchgeführten Symposium »Deutsche Demokratiegeschichte. Eine Aufgabe der Vermittlungsarbeit« (Oktober 2020), dem im Februar 2019 das Symposium »Deutsche Demokratiegeschichte. Eine Aufgabe der Erinnerungsarbeit« vorausging. Beide Veranstaltungen wurden von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien gefördert, ohne deren Unterstützung auch die Veröffentlichung der gleichnamigen Publikationen nicht möglich gewesen wäre.

Beide Veröffentlichungen ergänzen einander: Der Band zur Erinnerungsarbeit beleuchtet die theoretischen Grundlagen sowie die Entwicklungslinien und Meilensteine der modernen Demokratiegeschichte; er hinterfragt zudem den Stellenwert der Demokratiegeschichte innerhalb der Erinnerungskultur und sondiert unterschiedliche historische Anknüpfungspunkte, die sich nicht auf Ereignisse und Daten beschränken, sondern ebenso Haltungen und Handlungen von Personen oder die Geschichte von Institutionen, Bewegungen, Orten, Sprache oder Symbolen umfassen. Stand im Mittelpunkt dieses Bandes also, grosso modo, die Frage danach, *was* Erinnerungsarbeit charakterisiert, rückt im Fortsetzungsband die Frage in den Vordergrund, *wie* sich die Vermittlung von Demokratiegeschichte bewerkstelligen lässt. Mit diesem Ansatz bleibt er dem übergreifenden Ziel verpflichtet, Impulse für

die Beschäftigung mit Demokratiegeschichte zu setzen – die ihrerseits unsere Demokratie stärken kann und soll.

Berlin im Mai 2021

Lars Lüdicke

Anmerkungen

- 1 Vgl. Orte der Demokratiegeschichte, <https://www.demokratie-geschichte.de> (25.05.2021).
- 2 Grütters, Monika: Das Ringen um Freiheit zeigen, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 23.11.2020, <https://www.faz.net/-gsf-a5t1p> (25.05.2021).
- 3 Vgl. Gesetzentwurf der Bundesregierung: Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung einer »Stiftung Orte der deutschen Demokratiegeschichte«, <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/997532/1875758/84562969947d-c22b0bac03d7b94d2392/2021-03-11-gesetzentwurf-bundesstiftung-orte-der-deutschen-demokratiegeschichte-data.pdf?download=1> (25.05.2021).
- 4 Vgl. Rahmenkonzept zur Weiterentwicklung der Orte deutscher Demokratiegeschichte, <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/997532/1888580/2c893225f6604d90eca888c58173d29d/2021-04-12-bkm-rahmenkonzept-ortederdemokratiegeschichte-data.pdf?download=1> (25.05.2021).
- 5 Ein neuer Aufbruch für Europa. Eine neue Dynamik für Deutschland. Ein neuer Zusammenhang für unser Land. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD vom 12.03.2018, <https://www.google.de/url?sa=t&rc=t=j&q=&esrc=s&source=web&cd=&ved=2ahUKEwishOqAy-fwAh-X14uAKHWGsDioQFjAAegQIBRAD&url=https%3A%2F%2Fwww.bundesregierung.de%2Fresource%2Fblob%2F656734%2F847984%2F5b8bc23590d4cb2892b31c987ad672b7%2F2018-03-14-koalitionsvertrag-data.pdf&usq=AOvVaw0ESDflu15qrRXmd9up1Qv3> (25.05.2021).
- 6 Vgl. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung: Bundeskabinett beschließt Rahmenkonzept zu Orten deutscher Demokratiegeschichte – Kulturstaatsministerin Grütters: »Erinnerung an Freiheitstradition nimmt Gestalt an«, Pressemitteilung 112 vom 13.04.2021, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/bundeskabinett-beschliesst-rahmenkonzept-zu-orten-deutscher-demokratiegeschichte-kulturstaatsministerin-gruetters-erinnerung-an-freiheitstradition-nimmt-gestalt-an--1888784> (25.05.2021).
- 7 Vgl. Koselleck, Reinhart: Formen und Traditionen des negativen Gedächtnisses, in: Knigge, Volkhard / Frei, Norbert (Hrsg.): *Verbrechen erinnern. Die Auseinandersetzung mit Holocaust und Völkermord*, München 2002, S. 21-32.
- 8 Grütters, Monika: Das Ringen um Freiheit zeigen, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 23.11.2020, <https://www.faz.net/-gsf-a5t1p> (25.05.2021).

»Deutsche Demokratieggeschichte – eine Aufgabe der Vermittlungsarbeit«

Maria Bering

Demokratie muss gestaltet, gelebt und weiterentwickelt werden. Eine lebendige Demokratie wird beständig diskutiert und hinterfragt, kritisch bewertet und neu gedacht, mit vergangenen Erfahrungen verglichen und auf die Zukunft hin justiert. So besehen, führt die Frage nach erfolgreichen Formaten und Methoden demokratiegeschichtlicher Vermittlungsarbeit direkt in das Zentrum eines demokratischen Gemeinwesens und einer starken Zivilgesellschaft. Gerade unsere unterschiedlichen Traditionen, Lebensweisen und Weltanschauungen innerhalb der Gemeinschaft erfordern einen ständigen Austausch sowie eine aktive Auseinandersetzung mit den positiven Beispielen der Geschichte. Bei der Auseinandersetzung mit diesen Fragen spielen zeitgemäße Vermittlungsformate ebenso wie einschlägige Angebote musealer Präsentation und Information eine wichtige Rolle – gerade für jüngere Menschen.

Der Bund als Impulsgeber und Förderer

Die zentralen Fragen der vorliegenden Publikation lauten: Wie kann man Demokratieentwicklung sichtbar machen, insbesondere junge Menschen zur kritischen Diskussion und Meinungsbildung anregen, ihnen damit die Bedeutung von Demokratie in Vergangenheit und Gegenwart vermitteln? Wie kann man in Zeiten pandemiebedingter Grundrechtseinschränkungen und derzeit mitunter spürbarer Uneinsichtigkeit in erforderliche Maßnahmen zum Gesundheitsschutz erklären, dass die repräsentative Demokratie dennoch der beste Weg zur Interessenwahrnehmung ist? Wie kann der Wert einer parlamentarischen Demokratie vermittelt werden, wenn es in extremistischen Parteien einen gezielten Missbrauch eben dieses Systems gibt?

Diese Fragen setzen in der Vergangenheit an, beeinflussen aber maßgeblich auch die Gegenwart. Das Bewusstsein für diese Zusammenhänge prägte bereits die Kanzlerschaft von Helmut Kohl, bekanntermaßen ein promovierter Historiker. 1983 machte er dieses Anliegen in seiner Regierungserklärung deutlich. Es müsse »der jungen Generation«, so sagte er, »die deutsche Geschichte in ihren europäischen Bezügen und Bedingungen wieder geistige Heimat werden.«¹ Nicht zuletzt dieses Ziel verfolgen das Deutsche Historische Museum in Berlin und das Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Bonn, die von ihm begründet wurden.

Insgesamt stellt sich der Bund als Impulsgeber und Förderer der Aufgabe, das geschichtliche Bewusstsein zu stärken, in vielerlei Hinsicht. Genannt seien an dieser Stelle nur die Gedenkstättenkonzeption des Bundes von 1999 und deren Fortschreibung aus dem Jahr 2008 oder das Programm »Jugend erinnert«.

Orte der Demokratiegeschichte

Der Demokratiegeschichte kommt dabei zunehmende Bedeutung zu. Sie kristallisiert sich an vielfältigen Orten in Deutschland. Diese Orte geben der Erinnerung gleichsam eine Gestalt, regen zur Beschäftigung mit Vergangenheit und Gegenwart an. Dabei gibt es offensichtlich ein tiefes Bedürfnis in Politik und Gesellschaft, im Sinne eines guten, nicht ausgrenzenden Nationalbewusstseins an authentischen Orten Geschichten erzählen zu dürfen, die tatsächlich stolz machen können – nicht im Sinne von Überheblichkeit, sondern im Sinne von Freude: weil es sich um einen kleinen oder großen Schritt im Hinblick auf eine demokratische Entwicklung des Rechtsstaates handelt (wobei so manches Mal nach einem Schritt nach vorne ein Schritt zurück folgte). In diesem Sinne haben die Koalitionsparteien CDU/CSU und SPD in ihrer Koalitionsvereinbarung für die 19. Legislaturperiode festgelegt, eine vom Deutschen Bundestag zu beschließende Konzeption zur Förderung von Orten der deutschen Demokratiegeschichte zu erarbeiten. In diesem Zusammenhang müssen selbstverständlich auch die Vermittlungsarbeit, die Nachhaltigkeit und die Ausstrahlungskraft solcher Orte intensiv mitgedacht werden.

Damit verbindet sich die Aufforderung an die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, die Orte der Demokratiege-

schichte sichtbarer zu machen. Einige Meilensteine sind bereits gesetzt und erste wichtige Zwischenziele erreicht. So haben wir bereits 2020 mehrere Pilotprojekte zu diesem Thema aktiv unterstützt und die Dinge damit in Bewegung gebracht, etwa das Symposium, dessen wichtigsten Ergebnisse in dieser Publikation zusammengefasst sind. Im Haushalt 2021 konnte die Summe zur Förderung der Orte der Demokratiegeschichte gegenüber 2020 versechsfacht werden.²

Wir fördern zudem anteilig den Bau und die Ausstattung eines zukünftigen Besucher- und Dokumentationszentrums am Friedhof der Märzgefallenen in Berlin. Und auch für die Sanierung der Paulskirche, die gemeinsam mit der Stadt Frankfurt am Main und dem Land Hessen durchgeführt werden soll, sind bereits Mittel im Haushalt der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien etatisiert. Wir sehen die Paulskirche als einen Erinnerungsort von gesamtstaatlicher Bedeutung. Und wir wollen die Stadt Frankfurt am Main sowie das Land Hessen dabei unterstützen, die Paulskirche zu einem attraktiven Erinnerungsort deutscher Demokratiegeschichte zu machen. Bundesseitig ist bei der konkreten Umsetzung der Maßnahme Zurückhaltung geboten, aber wir legen Wert darauf, dass eine wissenschaftlich basierte Konzeption vorliegt, bevor wir mit Bauarbeiten beginnen. Die Beispiele zeigen: Es geht mit großen Schritten voran.

Dies gilt auch für die Bundesstiftung »Orte der deutschen Demokratiegeschichte«, die in Verbindung mit einem Rahmenkonzept zur Weiterentwicklung dieser Orte Grundlage sein soll für die Förderung einer Vielzahl demokratiegeschichtlich bedeutsamer Projekte auf nationaler, regionaler und kommunaler Ebene.³ Somit lässt sich festhalten: Die Diskussion zielgruppenspezifischer Vermittlungsprogramme, das lässt sich nicht bestreiten, ist und bleibt auch ein Thema von gesamtstaatlicher und gesamtgesellschaftlicher Bedeutung. Zu dieser Diskussion soll der vorliegende Band einige Impulse beitragen. Denn eine fundierte Auseinandersetzung mit positiven Aspekten unserer Vergangenheit gibt stets wichtige Anstöße für einen öffentlichen Diskurs, der zur Heimat, der Demokratie zugewandt, in unserem Bewusstsein werden muss.

Anmerkungen

- 1 Regierungserklärung von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl vom 04.05.1983, <https://www.helmut-kohl-kas.de/index.php?msg=1948> (18.04.2021).
- 2 Vgl. Titel 685 61, in: Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021) vom 21.12.2020 (BGBl. I S. 3208), S. 76.
- 3 Vgl. Gesetz zur Errichtung einer »Stiftung Orte der deutschen Demokratiegeschichte« vom 16. Juli 2021 (BGBl. I S. 3014) sowie das »Rahmenkonzept zur Weiterentwicklung der Orte deutscher Demokratiegeschichte« (Drucksache 19/28535 vom 15. April 2021).